

Rede des Abgeordneten Prof. Dr. Keskin in der hamburgischen Bürgerschaft
- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Sozialausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit den vorliegenden Drucksachen „Zur Lebenssituation der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Hamburg“ und der „Stellungnahme zum Ersten Bericht des Ausländerbeauftragten“ eingehend befaßt.

Hierzu wurde eine zweitägige Anhörung von Sachverständigen, Initiativen und Vereinen, Gewerkschaften und Hilfsorganisationen durchgeführt.

Die Ergebnisse dieser Anhörung und die für die Abgeordneten relevanten Fragen waren Gegenstand der anschließenden Diskussion mit den Fachbehörden.

Die Integration der dauerhaft in Hamburg lebenden nichtdeutschen Bevölkerung muß als Hauptziel weiterhin konsequent verfolgt werden.

Dies ist als ausländerpolitische Orientierung auch vom Senat stets unterstrichen worden. Der Senat hat hierfür in verschiedenen Bereichen erhebliche Anstrengungen unternommen, obwohl die Zuwanderung nach Hamburg - insbesondere in Folge des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien - beachtlich gestiegen ist.

Gleichwohl besteht in den verschiedenen Bereichen, die für Nichtdeutsche relevant sind, nach Auffassung der SPD-Fraktion noch Handlungsbedarf.

Einer dieser Bereiche ist die Arbeit und Berufsbildung. Die nichtdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden immer noch allzuhäufig, insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben, diskriminiert. Nicht selten werden sie schlechter bezahlt und mit schweren Tätigkeiten in unverhältnismäßiger Weise belastet.

Ihre Berufserfahrung und Qualifikation wird nicht ausreichend berücksichtigt. Nicht selten bleiben ihnen die Aufstiegschancen verwehrt. Wegen ihrer Nationalität oder ihrer Hautfarbe werden sie selbst bei ihren Erstbewerbungen ungleich behandelt.

Im öffentlichen Dienst ist der Anteil der nichtdeutschen Arbeitnehmer in mittleren und gehobenen Lohngruppen sehr gering. Sicherlich spielt hierbei die fehlende deutsche Staatsbürgerschaft eine wichtige Rolle.

Viele ausländische Jugendliche haben es wesentlich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Noch schwerer ist es im öffentlichen Dienst. Diese Situation ist keine gute Ausgangslage für die gewollte Integrationspolitik. Um so mehr kommt einem Antidiskriminierungsgesetz eine große Bedeutung zu, das der Senat in seiner Regierungserklärung angekündigt hat. Ziel eines solchen Gesetzes ist es, Schritt für Schritt die ungleiche Behandlung der nichtdeutschen Menschen zu beseitigen.

Dem öffentlichen Dienst kommt hierbei eine beispielgebende Rolle zu. Die Bemühungen müssen dahin gehen, bei freiwerdenden Stellen im öffentlichen Dienst, Nichtdeutsche stärker zu berücksichtigen - insbesondere in mittleren und gehobenen Positionen. Dies gilt vor allem für die Bereiche Schule, Polizei, Strafvollzug sowie die sozialen Berufe.

Zum Bereich Schule:

Nur ein geringer Teil der nichtdeutschen Kinder hat die Möglichkeit, ihre Muttersprache während der regulären Unterrichtszeit zu erlernen. Dabei kommt dem Erlernen der Muttersprache nach übereinstimmender Ansicht in der Wissenschaft eine sehr große Bedeutung zu für die weiteren Erfolgchancen der Kinder.

Außerdem stellt dies eine Bereicherung dar für die Kommunikation zwischen Eltern und Kindern. Daher ist es angebracht, mit Nachdruck zu prüfen, in wieweit die bestehende Förderung beim Erlernen der Muttersprache zumindest bei den Kindern, die einen ausreichenden Anteil in den Schulen und Klassen stellen, gestärkt und ausgebaut werden kann. Hierbei sollte auch die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, auch der nichtdeutschen, einbezogen werden.

Die Multikulturalität in den Schulen stellt eine große Chance für eine tolerante, unvoreingenommene, dialogfähige und interkulturelle Erziehung dar.

Diese Tatsache ist als Konzept gegen die Entstehung rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gedankenguts zu bewerten. Deshalb sollten Schulkonzepte, Lehrmaterialien, Bücher und Lehrdidaktik mit diesem Ziel eines neuen Verständnisses überprüft und gegebenenfalls ergänzt werden.

Zur Gesetzgebung:

Ein Großteil der rund 7 Millionen Nichtdeutschen lebt seit Jahrzehnten in Hamburg. Viele ihrer Kinder und Enkel sind in Deutschland geboren und aufgewachsen.

Es ist weder vernünftig, noch ist es mit dem Gebot der Demokratie zu vereinbaren, diesen Menschen auf die Dauer nicht die gleichen Rechte zu gewähren. Der einzige Weg, um dieses zu erreichen, ist eine erleichterte Einbürgerung ohne die erzwungene Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft.

Deshalb begrüßen wir es sehr, daß der Senat seine Bemühungen fortsetzt, eine Reform des Staatsangehörigenrechts zu erreichen.

Darüber hinaus sollte sich der Senat im Bundesrat auch für eine Novellierung des Ausländergesetzes stark machen.

Die Dezentralisierung der Ausländerbehörde ist seit Jahren eine zentrale Forderung der betroffenen Menschen. Die Nichtdeutschen, die seit Jahren und Jahrzehnten in Wilhelmsburg, Altona, Bergedorf, Mitte oder wo auch immer wohnen

sollen wie ihre deutschen Nachbarn ihre Paß- und sonstigen Meldeangelegenheiten bei ihrem Ortsamt oder ihrem Bezirksamt erledigen können.

Dies fördert die Integration und stellt eine menschenwürdige Behandlung dar.

Diese Forderung sollte vom Senat ernsthaft geprüft und - wenn möglich - in die Tat umgesetzt werden.

Die Ausländerbehörde sollte in ihrer Praxis den gewährenden Teil des Ausländergesetzes ausschöpfen soweit es die Ermessensspielräume zulassen.

Die diesbezüglichen Initiativen in der Ausländerbehörde begrüße ich nachdrücklich.

Von herausragender Bedeutung in der Ausländerpolitik ist der Frauenaspekt.

Die nichtdeutschen Frauen haben erhebliche Nachholbedarfe in qualifizierten Berufen. Deshalb ist es notwendig, nichtdeutsche Frauen durch frauenspezifische Ausländerarbeit zu unterstützen. In Betracht kommen dabei etwa Frauenprojekte zur beruflichen Qualifikation.

Dem sogenannten Frauenhandel als eine besonders schlimme Form der Kriminalität und der Unterdrückung der Frau muß mit allen Mitteln Einhalt geboten werden.

Lassen Sie mich kurz auf die Frage der Religion eingehen:

Fundamentalistische religiöse Strömungen verfolgen in der Regel Ziele, die unvereinbar sind mit der Integration von Nichtdeutschen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß den Fundamentalisten der Boden entzogen wird. Ein erfolgversprechendes Mittel ist hierbei eine Verbesserung des Religionsunterrichts in der Schule.

Das Thema Wohnen ist für die Nichtdeutschen von essentieller Bedeutung. Schon die Deutschen haben erhebliche Probleme, ausreichenden und vor allem bezahlbaren Wohnraum zu bekommen. Besonders trifft die Wohnungsnot jedoch noch die Nichtdeutschen. Das beste Mittel, das kurzfristig und dauerhaft dem entgegenwirken kann, ist eine konsequente Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus.

Zum Schluß will ich auf die besonderen Probleme der alten Menschen hinweisen.

Die erste Generation der Immigrantinnen und Immigranten erreicht zunehmend das Rentenalter.

Ein sehr großer Teil dieser Menschen wird ihren letzten Lebensabschnitt in Deutschland verbringen.

Deshalb müssen Konzepte vorgelegt und geeignete Maßnahmen zügig getroffen werden, damit diesen Menschen mit der notwendigen Infrastruktur geholfen und ein angenehmer und menschenwürdiger Lebensabend ermöglicht wird.

Meine Damen und Herren:

die Anhörung des Sozialausschusses hat uns - so hoffe ich - noch weiter sensibilisiert für die besondere Lage der Nichtdeutschen in Hamburg. Der Senat ist auf gutem Wege, aus diesen Erkenntnissen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Aber ich weise darauf hin, daß es nicht nur um die Lebenssituation der Nichtdeutschen gehen kann, die bereits seit Jahren hier leben. Zusätzlich muß den Menschen, die aus Gründen persönlicher Verfolgung oder aus Gründen des Krieges nach Deutschland kommen, ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht werden.

Hamburg hat insbesondere bei den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien Erhebliches geleistet.

In diesem Sinne wird meine Fraktion auch in der Zukunft die Politik in unserer Stadt gestalten!

Ich danke Ihnen.